

hat, obwohl sie weniger Mittel zur Verfügung haben! So absurd es klingen mag: Die Schulen mit mehr Mitteln rhythmisieren zum Nachteil der Beschäftigten.

Da es keine Vorgaben oder Empfehlungen der BSB zur

Rhythmisierung des Ganztags gibt, sind die Schulleitungen nicht geneigt, etwas zu ändern. Der Senator kann und muss hier eingreifen. Er muss Vorgaben für die Rhythmisierungen machen. Diese müssen die dienstlich nicht

nutzbaren Zeiten der Lehrkräfte stärker begrenzen. Modelle dafür gibt es an mehreren Hamburger Gymnasien und in der Literatur.

ROLAND KASPRZAK, BS 14

REFERENDARIAT

Kein Löcherstopfen

Den Vorbereitungsdienst assoziieren die meisten Lehrkräfte nicht mit zu viel Freizeit und Langeweile. Schon die Anhebung des bedarfsdeckenden Unterrichts 2013 hat die GEW scharf kritisiert. Umso besorgniserregender ist es, dass in diesem Schuljahr vermehrt Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst dafür herangezogen werden, Personallücken in den Schulen zu stopfen und deshalb Mehrarbeit leisten. Hört man sich in den Kollegien um, sind dies längst keine Einzelfälle mehr. Schulsenator Ties Rabe lässt in der Presse sogar verlauten, dass er dies für eine begrüßenswerte Strategie zur Bekämpfung des Lehrer_innenmangels hält. Das Netzwerk Lehrer_innenbildung hat sich mit diesem Thema beschäftigt und eine Stellungnahme verfasst.

Stellungnahme zur Mehrarbeit von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst

Das Netzwerk Lehrer_innenbildung der GEW lehnt jegliche Mehrarbeit von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) grundsätzlich ab.

Der Vorbereitungsdienst dauert in Hamburg 18 Monate und bereitet auf die Tätigkeit als Lehrkraft vor. Die Ausbildung der angehenden Lehrkräfte findet sowohl am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) als auch an den Hamburger Schulen statt. Hierbei übernehmen die LiV eigenverantwortlich insgesamt 30 Stunden bedarfsdeckenden Unterricht (bdU) (im Schnitt 10 Stunden pro Halbjahr). Zusätzlich zu dieser Unterrichtstätigkeit schreibt die Ausbildungsordnung verpflichtend den Besuch von Seminaren am LI, die Durchführung und Teilnahme an Hospitationen an der eigenen und an fremden Schulen, an

Lehrertrainings und den zusätzlichen schulischen Einsatz außerhalb des bdU vor, sodass diese Ausbildung als eine Vollzeit-tätigkeit angelegt ist.

Mehrarbeit findet immer dann für LiV statt, wenn diese



Quelle: Center for Global Constitutionalism

Wir sind doch keine Mäuse...

für zusätzlichen bdU eingesetzt werden. Diese Mehrarbeit wird gemäß Hamburgischer Mehrarbeitsvergütungsverordnung (HmbMVergVO) vergütet, da LiV i.d.R. den Status einer Beamtin oder eines Beamten auf Widerruf haben.

Am 27.01.2018 kündigte Senator Rabe im Hamburger Abendblatt an, dass zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels nun verstärkt auch LiV zusätzlichen bdU übernehmen sollen. Diese zweifelhafte Praxis lehnen wir aus den folgenden Gründen entschieden ab:

- Beim Vorbereitungsdienst handelt es sich um eine dauerhafte Prüfungssituation für die LiV, da diese sich in Bewertungs- und Beurteilungssituationen durch die Schul- und Seminarleitungen befinden. Wir befürchten, dass LiV in Folge dieses Abhängigkeitsverhältnisses unfreiwillig Mehrarbeit leisten werden, um zu verhindern, dass Schul- und Seminarleitungen die Ablehnung eines Mehrarbeitsangebotes als Zeichen geringer Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit auslegen und diese sich somit negativ auf ihre Beurteilung auswirkt.
- Befragungen zur Lehrkräfte-Arbeitszeit und die Gefähr-

dungsbeurteilungen zeigen, dass LiV ohnehin die festgesetzten Wochenstunden ihrer Vollzeitätigkeit weit überschreiten. Es ist unverantwortlich, dass ausgerechnet die Lehrkräfte in der Ausbildung die Fehlplanungen der Schulbehörde mit ihrer Gesundheit und Zeit zur Erholung kompensieren sollen.

- Mehrarbeit von LiV schädigt langfristig die Qualität unserer Lehrkräfte. Kern der Professionalität von Lehrkräften ist die Fähigkeit, den eigenen Unterricht und das pädagogische Handeln zu reflektieren. Diese Fähigkeit wird insbesondere im Vorbereitungsdienst erlangt. Steigt die Unterrichtsverpflichtung, fehlen die nötigen Freiräume für diese notwendige Reflexion. Zusätzlich wird Mehrarbeit nicht von Mentor_innen und Seminarleitungen begleitet. Es kann nicht im Sinne von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften sein, dass so die Qualität der Ausbildung und des Unterrichts der LiV beeinträchtigt wird.
- Insbesondere in der Zeit der Prüfungen steigen die Belas-

tung der LiV und die Abhängigkeit von Schulleitungen – die nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Prüfende sind – stark an. In dieser Zeit sollten LiV sich auf die Vorbereitung der Prüfungen und ihr eigenes Lernen konzentrieren können und nicht darauf, drohenden Unterrichtsausfall zu verhindern.

- In den letzten Jahren wurde der bdU erhöht, um Sparmaßnahmen in der schulischen Personalpolitik ausgleichen zu können. LiV nun zu Mehrarbeit zu ermuntern sehen wir als Versuch, eine weitere Erhöhung des bdU zu legitimieren. Dies kann nur auf Kosten der Ausbildungsqualität durch Wegfall von Seminarverpflichtungen und Reflexionsmöglichkeiten geschehen.
- In seiner Stellungnahme stellt der Senator fest, dass bereits „viele“ LiV Nebentätigkeiten nachgehen – diese liegt immer dann vor, wenn LiV nicht einer zusätzlichen unterrichtlichen Tätigkeit, sondern einer anderen genehmigungspflichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen. Für diese LiV decken die Anwärter_innenbezüge die Lebenshaltungskosten in

Hamburg folglich nicht. Die Lösung des Senators, dass LiV stattdessen einer Mehrarbeit nachgehen sollen, ist hingegen ebenso kurzfristig wie zynisch: Stattdessen müssen die Anwärter_innenbezüge erhöht werden, um den LiV einen ausbildungsförderlichen Grundrahmen für ihre Ausbildung zu bieten und so die Attraktivität der Lehrer_innenbildung in Hamburg zu steigern.

- Die Mehrarbeit von LiV ist keine nachhaltige Lösung des Lehrkräftemangels, denn durch Mehrarbeit verhindern LiV, dass für sie nach dem Vorbereitungsdienst besser bezahlte feste Stellen geschaffen werden.

Um den Lehrkräftemangel in Hamburg zu bekämpfen, bedarf es nachhaltiger Lösungen. Stattdessen LiV als kurzfristige Lückenbüßer zu nutzen, mindert nicht nur die Qualität der Lehrer_innenausbildung, sondern auch die Attraktivität des Berufs und die Unterrichtsqualität für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

LUISE GÜNTHER
Netzwerk Lehrer_innenbildung

Sprechstunde zu Fragen der Berechnung der Arbeitszeit (KSP) für GEW-Mitglieder in schulischen Personalräten wird fortgesetzt

Die GEW bietet zum Thema KSP/Lehrer_innenarbeitszeit (Wochenstunden-Bilanz) auch eine Sprechstunde an. In der KSP-Sprechstunde soll den GEW-Mitgliedern in den Personalräten die Möglichkeit geboten werden, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Die Sprechstunde wurde bis 2017 von Hans Voß durchgeführt, dem wir an dieser Stelle ganz herzlich für seine Arbeit danken! Im neuen Jahr wird die Sprechstunde von Petra Demmin übernommen, worüber wir uns sehr freuen. Petra war Schulleiterin an der Heinrich-Wolgast Schule.

Die nächsten Termine sind (jeweils 15-17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle): Di. 15.05.2018 und Di. 05.06.2018

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitintensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de.

